



# Entwicklungshaushalt: Schöne Worte, keine Taten

**Rede von Niema Movassat, 25. Juni 2014**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Ein japanisches Sprichwort besagt: Der Scherz ist das Loch, aus dem die Wahrheit pfeift. - Herr Minister Müller, aus dem Loch haben Sie letzte Woche laut gepfeifen. Was war passiert? Sie sind mit der kompletten Spitze Ihres Ministeriums zur Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, GIZ, nach Eschborn gereist. Danach haben Sie gewitzelt - ich zitiere -: Das ist wie beim Staatsbesuch eines Staatschefs eines Entwicklungslandes. Er muss alle mitnehmen, damit er wieder zurückkehren kann und nicht geputscht wird.

(Dr. Gerd Müller, Bundesminister: Es sind heute auch alle bei der Debatte dabei!)

Hoppla, was ist Ihnen denn da herausgerutscht? Sie suggerieren damit, dass alle Entwicklungsländer Bananenrepubliken sind, in denen ständig Staatsstrieche stattfinden. Das ist, was man dem entnehmen kann.

(Bartholomäus Kalb (CDU/CSU): Sie sind noch nicht lange in der Politik! Sonst wüssten Sie, dass man manchmal auch Ironie anwendet! - Weitere Zurufe

von der CDU/CSU)

Auch wenn Sie jetzt sagen, das sei nur ein Scherz - das hat Herr Brüderle damals auch gesagt -: Manche Scherze sagen einiges über die Denkweise aus.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Ihr Scherz zeigt: Sie meinen es nicht ernst mit der Entwicklungspolitik auf Augenhöhe, von der Sie gerne reden. Solche Äußerungen sind eines Entwicklungsministers unwürdig.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Sie bringen sonst immer wohlformulierte Worte, denen man kaum widersprechen kann; aber diese Kommunikationsstrategie hat nun zu bröckeln angefangen. Taten folgen den schönen Worten meistens nicht. Sie sagen zum Beispiel, dass Sie soziale und ökologische Mindeststandards für deutsche Unternehmen im Ausland wollen. Das klingt super; denn es muss Schluss damit sein, dass deutsche Unternehmen im Ausland Menschen- und Arbeitsrechte verletzen, zum Beispiel im Textilsektor.

(Beifall bei der LINKEN - Dr. Gerd Müller, Bundesminister: Genau!)

Nur werden es die Konzerne nicht freiwillig machen; das haben sie nie getan. Die Profitmaximierung hatte für sie immer Vorrang vor Menschenrechten.

(Norbert Barthle (CDU/CSU): Sie haben ein eigenartiges Verständnis von Unternehmern!)

Wer will, dass mit Dumpinglöhnen in Bangladesch und Co und einstürzenden Fabriken, die Menschen unter sich begraben, Schluss ist, der muss in Deutschland verbindliche gesetzliche Regelungen auf den Weg bringen.

(Beifall bei der LINKEN - Norbert Barthle (CDU/CSU): Ein menschenverachtendes Bild vom Unternehmer!)

Leere Versprechen erleben wir auch beim Haushalt. 1970 wurde international vereinbart, dass die Industriestaaten mindestens 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit aufwenden sollen. Herr Müller, Sie haben sich zu diesem Ziel bekannt, und auch die Kanzlerin tut das immer wieder.

(Sibylle Pfeiffer (CDU/CSU): Wir alle!)

Aber 44 Jahre später legt diese Regierung einen Haushalt mit einer kläglichen Quote von 0,38 Prozent vor. Der vorliegende Entwicklungshaushalt ist erneut Betrug an den ärmsten Menschen auf der Welt.

(Beifall bei der LINKEN)

Großbritannien, Schweden, Norwegen, Dänemark und Luxemburg haben die Marke von 0,7 Prozent längst überschritten. Das müssen wir doch auch schaffen können.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Für die SPD ist dieser Haushalt ein Offenbarungseid. In der Opposition haben Sie lautstark nach mehr Entwicklungsgeldern gerufen. Davon ist nichts geblieben. Sie sind als Tiger gesprungen und als Bettvorleger gelandet.

(Beifall bei der LINKEN - Dr. Bärbel Kofler (SPD): Es wäre schön, wenn ihr nicht immer nur Opposition machen würdet, sondern auch mal selber etwas tätet!)

Entwicklungszusammenarbeit ist übrigens keine noble Geste. Entwicklungszusammenarbeit ist nach jahrhundertelanger kolonialer Ausbeutung eine historische Verpflichtung.

(Johannes Selle (CDU/CSU): Was? Das ist Mitmenschlichkeit!)

Sie ist Kompensation für den Klimawandel, dessen

Hauptverursacher wir sind. Sie ist Wiedergutmachung für die Zerstörung von lokalen Märkten durch unfaire und ausbeuterische internationale Handelsbeziehungen. Deshalb brauchen wir endlich mehr Geld für Entwicklungspolitik.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber nicht nur das; es kommt auch auf die richtige Verwendung an. Auch hier enttäuscht der Budgetentwurf Ihres Ministeriums.

Nehmen wir zum Beispiel die Sonderinitiative „Eine Welt ohne Hunger“. Ich finde es richtig, wenn Sie sagen: „Afrika kann sich selbst ernähren“, und: „Wir müssen die kleinbäuerliche Landwirtschaft stärken“. Allerdings setzen Sie in der Praxis vor allem auf die Zusammenarbeit mit Unternehmen wie Bayer, BASF oder Metro. Unter dem Deckmantel der Hungerbekämpfung fördern Sie so die Expansionsbestrebungen von deutschen Unternehmen auf afrikanischen Märkten. Weder stärken Sie damit Kleinbauern noch die Unabhängigkeit der afrikanischen Landwirtschaft. Eine Welt ohne Hunger werden Sie damit schon gar nicht schaffen. Wir als Linke sagen: Keine Entwicklungshilfe für Agrarkonzerne!

(Beifall bei der LINKEN)

Wie widersprüchlich Ihre Hungerbekämpfungspolitik ist, zeigt sich am Beispiel Land Grabbing. Es gibt die Freiwilligen Leitlinien für Landnutzung. Diese sollen Landraub verhindern. Auf internationaler Ebene setzt sich die Regierung für die Umsetzung der Leitlinien ein. Bei Unternehmen, die zu 100 Prozent in deutscher Staatshand sind, nimmt es die Bundesregierung aber nicht so genau, etwa bei der DEG, der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft, die mit ihren Finanzierungen Land Grabbing gefördert hat. Ich habe deswegen eine Anfrage an Ihr Ministerium

gestellt, ob die DEG die Leitlinien anwendet. Die lapidare Antwort ist, dass Ihr Ministerium darüber keine Informationen besitzt, und das, obwohl Sie den Aufsichtsratsvorsitz stellen. Ihr Einsatz ist nicht ernst zu nehmen, wenn Sie nicht einmal bei Ihren eigenen Unternehmen die Leitlinien durchsetzen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Uwe Kekeritz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Kommen wir zur nächsten leeren Ankündigung. Herr Müller, Sie haben letzte Woche gesagt, dass Friedensarbeit, Versöhnungsarbeit und Krisenprävention gestärkt werden müssen. Es ist ja schön, dass Sie das sagen; aber unter Ihrer Kanzlerin ist Deutschland drittgrößter Waffenexporteur der Welt geworden. Das ist die Friedenspolitik Ihrer Regierung. Echte Friedenspolitik heißt: Stopp von Waffenexporten!

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn Sie konsequent sein wollen, müssen Sie zudem den Kooperationsvertrag zwischen der Bundeswehr und der GIZ kündigen; denn zivile Hilfe und Militär gehören nicht zusammen. Deshalb sollten Entwicklungsgelder auch nicht für zivil-militärische Zwecke zur Verfügung gestellt werden. Diese Verquickung - wie in Afghanistan - gefährdet Entwicklungshelfer, und damit muss Schluss sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Koalitionsvertrag haben Sie in Aussicht gestellt, mehr Geld für multilaterale Projekte auszugeben, also für internationale Organisationen - das begrüßt die Linke -; aber im vorliegenden Haushalt spiegelt sich das nicht wider. Konsequent wäre, den Vereinten Nationen endlich deutlich mehr Geld zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das wäre besonders im Gesundheitsbereich wichtig;

denn der zweitgrößte Geldgeber der UN-Weltgesundheitsorganisation ist mittlerweile die private Stiftung von Bill Gates. Gesundheit ist aber eine öffentliche Aufgabe, über die wir die demokratische Kontrolle auf keinen Fall weiter verlieren dürfen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich sage Ihnen: Wir können die globalen Probleme nur international lösen. Zivile Hilfe und Solidarität, das wäre eine echte Wahrnehmung internationaler Verantwortung, statt der ständige Ruf nach mehr Militäreinsätzen.

Herr Müller, in den ersten Monaten Ihrer Amtszeit haben Sie durch schöne Worte viele überzeugt. Ich hoffe, im Budgetentwurf für 2015 lassen Sie Ihren Worten auch endlich Taten folgen. Wenn Sie hingegen Ihre Politik der leeren Versprechungen fortführen, müssen Sie zwar keinen Putsch befürchten, aber Ihre Glaubwürdigkeit werden Sie damit verlieren.

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)